

Bildung und Beruf

Der zweite kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU vom 4.–6. November 1962 in Augsburg stand in seiner Nüchternheit und Sachlichkeit in krassem Gegensatz zu dem verwirrenden Propaganda-Feuerwerk, das in Verbindung mit dem „Spiegelskandal“ buchstäblich am grauen Himmel der staatspolitischen Unreife unserer öffentlichen Meinung und ihrer Macher zerplatzte. Wer will es da der Presse verübeln, daß sie nur mit halbem Ohr zuhören konnte!

Gewiß gab es auf diesem Kongreß *erstens* überflüssige Wiederholungen von Zeitdiagnosen, die uns – in sich betrachtet – nicht viel helfen, wenn sie nicht neue Ausblicke für Kommendes vorbereiten sollen. Es gab *zweitens* theoretische Erörterungen, die am Kern unserer heutigen Fragestellung deshalb vorbeigingen, weil man die schwerwiegenden Probleme von Bildung und Beruf „in der modernen Gesellschaft“ nicht einfach dadurch bewältigen kann, daß man das Postulat aufstellt: Berufsbildung ist von Allgemeinbildung nicht zu trennen. Das ist eben doch zu „allgemein“. Denn das Dilemma unserer Bildung besteht ja gerade darin, daß wir heute noch kaum wissen, *wie* man dieses Postulat erfüllen kann, d. h. wie man die notwendig gewordene Spezialisierung der Berufsbildung mit einer „breiteren Bildungsgrundlage“ der Menschenbildung so verbinden kann, daß der ganze Mensch auch weiterhin der Mittelpunkt der Bildung und des Berufes bleiben kann.

Es fehlten *drittens* Erörterungen über Bildungsgehalte unseres modernen Lebens, speziell des Berufslebens, die den ausgehungerten Seelen unserer Jugend und vieler Erwachsener notwendiger wären als alle organisatorischen Reformpläne und ideologischen Pauschalpatente. Es zeigte sich *viertens* ein empfindlicher Mangel an geistiger Durchdringung der Sachprobleme aus christlicher Sachkenntnis. Denn eine christliche Partei im Zeitalter des Materialismus kann sich in Fragen der Bildung und des Berufes nicht mit Kultur „aus christlicher Verantwortung“ begnügen, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, wie die christliche Wahrheit als alter Wein in „neue Schläuche“ gegossen werden mußte. Die Frage nach der spezifisch christlichen Chance der Kultur in der modernen Gesellschaft muß überzeugend, und zwar aus der Sachkenntnis des Glaubens und des modernen Lebens zugleich beantwortet werden. Wir sind der modernen Gesellschaft im Rahmen einer christlichen Kulturpolitik mehr schuldig als ein Treuebekenntnis zum Christentum.

Überblickt man diese vier Mängel auf diesem Kongreß, so ist der erste nicht nur kennzeichnend für ihn allein. Denn Zeitdiagnosen sind Mode auf fast allen ähnlichen Veranstaltungen. Sie haben ihre Berechtigung, soweit man aus ihnen für die heutige Situation und für die Zukunft lernen kann. Die drei übrigen Mängel des Kongresses zeigen, daß unsere christlichen Politiker noch um die kulturschöpferischen Antworten ringen.

Die Gründe für diese Mängel sind aber so offensichtlich, daß sich gerade in den Mängeln dieses Kongresses die spezifische Position der christlichen Politik im Gegensatz zur ideologisch orientierten sozialistischen oder liberalen Politik abzeichnet. Denn die beiden letzten wissen angeblich schon von vornherein, was man auf die Zeitdiagnose antworten muß: Bildungsplanung bzw. Freiheitsideologie. Der christliche Politiker ist nicht in der glücklichen Lage, auf die einschneidenden Veränderungen unseres gesellschaftlichen Lebens fertige Antworten zu geben und programmatische Zukunftsvisionen zu entwerfen. Er muß vielmehr genau zuschauen, was sich im einzelnen in der modernen Welt, im Bereich der Bildung und des Berufes, in Herz und Geist des Menschen und in den gesellschaftlichen Beziehungen geändert hat. Er muß um der Wahrheit und Aufrichtigkeit willen die Kleinarbeit der fachlichen Untersuchung und des sachgemäßen Umdenkens leisten, um als Christ und als Realpolitiker glaubhaft zu bleiben.

Und das war eben das Bedeutsame dieses Kulturkongresses: Er hat seine Arbeit auf eine gründliche Untersuchung der Berufsweiterbildung und Erwachsenenbildung, des zweiten Bildungsweges, der Ausbildungshilfen, der sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufe konzentriert.

Die in den Arbeitskreisen vorgetragenen und nüchtern diskutierten Gedankengänge haben eindeutige Stellungnahmen z. B. zum zweiten Bildungsweg und zur Fakultätsreife und zur differenzierten Weiterentwicklung des Berufsschul- und Fachschulwesens gezeitigt, die nun tatsächlich schon erkennen lassen, daß die CDU/CSU von der Sachkenntnis und der Erfahrung her auf dem besten Wege ist, eine zeitgemäße Bildungsidee mit situationsgerechten Bildungswegen zu verbinden. Diese Verbindung kündigt eine befreiende Wende gegenüber allen Ideologien an.

Es ist eine sehr einfache und – wenn wir vom Kommunismus absehen – allgemein anerkannte Bildungsidee. Die pragmatisch anmutenden speziellen Vorschläge, die der Kongreß als Ergebnis anbietet, lassen nämlich eine einheitliche Deutung dessen erkennen, wie der Mensch als Person im Verhältnis zur modernen Welt und ihren technisch bedingten Organisationsformen sich neu zu orientieren beginnt. Es wird also tatsächlich festgestellt, was geschieht, nicht was man wünscht, daß es geschehen möchte.

Der grundlegende Vorgang, der sichtbar wird, ist folgender: Indem sich der Mensch von der ihm zugewachsenen Einbettung in überlieferte statische Lebensformen durch die moderne Industriegesellschaft befreit, entdeckt er die Vielfalt seiner Fähigkeiten und bildet sich am Medium der technisch verwandelten Welt zum mitverantwortlichen Gestalter einer Zukunftsgesellschaft, die keine einheitlichen Bildungswege und standesgebundenen Berufsbeschränkungen mehr kennt; die sich aber bereits heute darüber einig geworden ist – im Westen jedenfalls – daß sie die Grundrechte und Grundpflichten der Person als gemeinsame Bildungsidee anerkennt.

Eine gemeinsame Bildungsidee, aber eine Vielfalt von Bildungswegen, die der Person des einzelnen in der modernen Welt gerecht werden! Wie sich dieser kulturschöpferische Neuansatz in den Ergebnissen des Kongresses widerspiegelt, soll eine spätere Analyse in dieser Zeitschrift zeigen. Ein kommender Kulturkongreß müßte seine Aufgabe darin sehen, diesen Neuansatz bewußt zu machen.

Schulprobleme in Frankreich

Die Höheren Schulen Frankreichs erleben gegenwärtig ein explosives Anwachsen der Schülerzahl. Meldeten sich 1930 an die 50 000 Kandidaten für das Abitur, so waren es 1962 bereits 260 000. Für 1963 veranschlagt man die Zahl auf 400 000. Zur Zeit werden an den öffentlichen Höheren Schulen Frankreichs 2 140 000 Schüler unterrichtet. Dabei besuchen aber sehr viele Schüler Privatschulen. Die genaue Zahl steht uns nicht zur Verfügung. Die Schülerzahl hat eine Vereinfachung der Reifeprüfung notwendig gemacht. Ihr werden wohl noch weitere Reformen folgen müssen. Man kann sich die Arbeitslast der prüfenden Lehrer vorstellen, wenn allein für den ersten Teil des Abiturs von jedem Kandidaten 6 Arbeiten anzufertigen sind. Für 1962 ergibt das die Korrektur von 1 560 000 Arbeiten. Die Schulreform von 1959 hat sich auch dem inneren Aufbau der Schule zugewandt. Der französische Episkopat hat anerkannt, daß auch das Verhältnis zwischen den religiös indifferenten öffentlichen und den christlichen Privatschulen in einem neuen Geist angepackt worden sei. Dagegen wird bittere Klage darüber geführt, daß der Staat im Einhalten seiner finanziellen Versprechen gegenüber den Privatschulen sehr im Rückstand bleibe. (Etudes. November 1962, 272–274).